

Samstag, 2. September 2023 Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokollführer:	Gian-Reto Meier-Gort
Präsenz:	anwesend 102 Mitglieder entschuldigt: Bergamin, Berweger, Casutt, Claus, Danuser (Cazis), Della Cà, Gansner, Gort, Hefti, Hug, Kasper, Kienz, Luzio, Metzger, Morf, Müller, Rauch, von Tscharner
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Caluori: Bitte begeben Sie sich zu Ihren Plätzen. Ich bitte um etwas Ruhe, ich möchte beginnen. Schönen guten Morgen zusammen. Es gilt auch heute: Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen. Wir behandeln heute Morgen noch drei Anfragen. Wir beginnen mit der Anfrage Perl betreffend Deckung der Netzananschlusskosten für systemrelevante Photovoltaikanlagen. Regierungsrätin Maissen vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Sie, Grossrat Perl, an, ob Sie Diskussion wünschen und ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind. Sie haben das Wort.

Anfrage Perl betreffend Deckung der Netzananschlusskosten für systemrelevante Photovoltaikanlagen (Wortlaut GRP 4/2022-2023, S. 602)

Antwort der Regierung

Die Grenze für die in dieser Anfrage angesprochenen «systemrelevanten» Photovoltaikanlagen (sog. PV-Anlagen von nationalem Interesse) liegt bei einer jährlichen Mindestproduktion von 10 Gigawattstunden (GWh; vgl. Art. 71a Abs. 2 lit. a Energiegesetz [EnG; SR 730.0]). Solche Anlagen benötigen eine Fläche von mindestens sieben Fussballfeldern (50'000 m²) an geeigneter Lage. Dabei handelt es sich um sehr grosse Anlagen, die nicht mit grösseren PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Gebäuden vergleichbar sind.

Zu Frage 1: Das Potential der Stromproduktion auf landwirtschaftlichen Gebäuden ist unbestritten. Bei einem Netzananschluss auf landwirtschaftlichen Bauten sind vom Netzananschlussnehmer einmalige Kosten für den Netzananschluss und für die Netzkosten zu tragen. Dieser Netzananschlussbeitrag entspricht den Kosten für die Erstellung des Netzanchlusses bis zum Verknüpfungspunkt. Aktuell sind rund 12 Prozent der geeigneten Dachflächen auf landwirtschaftlichen Bauten im Kanton Graubünden mit PV-Anlagen ausgestattet. Auf weiteren 62 Prozent der geeigneten Dachflächen könnte ohne grossen Aufwand bzw. mit geringen Netzananschlusskosten eine solche Anlage erstellt werden. Die restlichen

geeigneten Dachflächen sind mehr als 400 m von einer Transformatorenstation entfernt. Eine Netzerschliessung dieser Standorte ist kostenmässig schwierig zu rechtfertigen.

Bedeutender als die Netzananschlusskosten ist die einzelfallweise bei der Erstellung einer PV-Anlage notwendig werdende Netzverstärkung. Weil Netzverstärkungen Teil der Systemdienstleistungen der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid sind, sind diese bereits heute rückerstattungsfähig, sofern von der ElCom bewilligt.

Zu Fragen 2 und 3: Betrachtet man die zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Dachflächen für PV-Produktion unter den Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit, ist eine Deckung der Netzananschlusskosten durch den Bund bzw. den Kanton nicht erforderlich. Wie in Antwort zu Frage 1 bereits ausgeführt, sind genügend freie Dachflächen in Landwirtschaftszonen vorhanden, die mit geringen Netzananschlusskosten erschlossen werden können. Die entsprechenden Anlagen können mit den heute zur Verfügung stehenden Fördermöglichkeiten (sog. Einmalvergütung des Bundes nach Art. 25 EnG und gegebenenfalls Winterstromförderung nach Art. 23a des Energiegesetzes des Kantons Graubünden [BEG; BR 820.200]) wirtschaftlich betrieben werden.

Perl: Ich wünsche keine Diskussion, mache noch ein paar Ausführungen und fürs Protokoll: Ich bin mit der Antwort der Regierung teilweise zufrieden und möchte gleich zum Anfang anfügen, dass wir offenbar ein anderes Verständnis von systemrelevant haben. Wir haben das in unserer Anfrage so definiert, dass systemrelevant ist, was massgeblich zur Winterstromproduktion beiträgt. Ich nehme zur Kenntnis, dass unsere Definitionshoheit nicht sehr hoch ist hier gegenüber der Regierung. Aber nichtsdestoweniger finde ich, es ist eben systemrelevant, was massgeblich zur Winterstromproduktion beiträgt. Dann lernen wir aus der Antwort der Regierung, dass bis jetzt nur zwölf Prozent der geeigneten landwirtschaftlichen Dachflächen bisher genutzt sind, und ich meine, es wäre dringend nötig, hier zusätzlichen Anreiz zu schaffen, um diesen Anteil zu erhöhen. Der tiefe Anteil bereits genutzter Dachflächen zeigt es eben genau: Wir müssen noch mehr machen, um diesen eigentlich einfach zu

bewältigenden Ausbau hinzubekommen. Wir werden in Zukunft einfach angesichts des Mengengerüsts an benötigter Energie jeden Ausbau brauchen, den wir bekommen können, und das ist jetzt etwas, was eher auch unproblematisch ist in der ganzen Diskussion, wir haben es gehört, um mögliche Zielkonflikte. Wenn man auch nur mit ein paar tausend Franken Netzanschlusskosten hier noch zusätzlich Anreize schaffen würde, würde das bereits helfen. Und ich möchte der Regierung einfach mit auf den Weg geben, diesen Sachverhalt im Auge zu behalten und ich möchte ihr dringend mit auf den Weg geben, an einer konzisen Solarstrategie für den Kanton Graubünden zu arbeiten. Und dann eine ganz kurze Schlussbemerkung: Ich habe mir einmal überlegt, aus dieser Anfrage eine Standesinitiative zu machen. Ich bin jetzt froh, dass ich das nicht gemacht habe. Das vielleicht einfach noch so als Erinnerung an andere Leute im Saal. Man kann sich das auch einmal anders überlegen.

Standespräsident Caluori: Damit haben wir diese Anfrage behandelt. Wir fahren fort mit der Anfrage Roffler betreffend Besenderung der Wolfspopulation. Auch dieses Geschäft wird von Regierungsrätin Maissen vertreten. Ich frage Sie, Grossrat Roffler, an, ob Sie Diskussion wünschen und ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind. Sie haben das Wort.

Anfrage Roffler betreffend Besenderung der Wolfspopulation (Wortlaut GRP 4/2022-2023, S. 594)

Antwort der Regierung

Das Amt für Jagd und Fischerei (AJF) überwacht im Rahmen des Wolfsmanagements den Wolfsbestand im Kantonsgebiet, wobei das Bundesamt für Umwelt (BAFU) die Oberaufsicht innehat (Art. 25 Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel [Jagdgesetz; SR 922.00], vgl. auch das Konzept Wolf Schweiz S. 8). Das Monitoring von Wildtierpopulationen ist ein zentrales Instrument zur nachweislichen Sicherstellung eines langfristig überlebensfähigen Bestandes. Gleichzeitig ist es eine wichtige Grundlage für die Planung und Umsetzung eines zielführenden Managements. Eines der Hilfsinstrumente dazu ist die in ihrer Anwendung nicht einfach zu bewerkstellende und anspruchsvolle Besenderung von Einzeltieren. Die Besenderung kann wichtige Informationen zur Raumnutzung, zum Nachweis von Reproduktionen oder zu bestimmten Schadereignissen liefern. Ferner kann die Besenderung eine direkte Vergrämungswirkung haben, lässt Rückschlüsse zur Wirksamkeit getroffener Massnahmen zu und ist vorteilhaft bei der Umsetzung von letalen und nicht letalen Massnahmen. Die aus der Besenderung gewonnenen Daten dienen insofern der Bewältigung einer Aufgabe von hohem öffentlichem Interesse.

Zu Frage 1: Von den mindestens 94 im Kanton beheimateten Wölfen sind momentan drei mit einem Sender versehen, wovon aktuell (Stand April 2023) nur ein

Sender noch funktionsfähig ist. Die restlichen zwei Sender sind nach der Entleerung der Batterie bzw. aus unbekanntem Grund ausgefallen. Ein vierter besendeter Wolf ist im Sommer 2022 ins Ausland abgewandert und in der Zwischenzeit gestorben.

Zu Frage 2: Die aktuellen Besenderungen werden auf der Webseite des Amts für Jagd und Fischerei (AJF) oder in den periodischen Berichten des AJF publiziert. Die Gesamtzahl der Besenderungen fliesst in den Jahresbericht ein, der sich ebenfalls auf der Webseite des AJF ausweisen findet.

Zu Frage 3: Die aus der Besenderung gewonnenen Daten werden durch die Wildhut verwendet und stellen für diese eine bedeutende Arbeitserleichterung sowohl für das Monitoring als auch hinsichtlich des Vollzugs von Abschüssen dar. Die erhobenen Daten können zudem unter gewissen Bedingungen für wissenschaftliche Projekte zur Verfügung gestellt werden. Durch die quartalsweise öffentliche Bekanntmachung von Daten von besenderten Wölfen könnte das Wolfsmanagement bzw. die Arbeit der Wildhut erheblich negativ beeinträchtigt werden, weil sensible Aufenthaltsgebiete der Tiere offengelegt würden. Dies würde "Wolfstouristen" anziehen und auch der Wilderei Vorschub leisten. Das gilt es zu vermeiden. Daher überwiegt das öffentliche Interesse an einem ungestörten Wolfsmonitoring gegenüber dem Interesse der Bevölkerung am Zugang zu den Daten. Die aus den Daten gewonnenen Erkenntnisse, die von Interesse für die Öffentlichkeit sind, fliessen hingegen in die Quartalsberichte des AJF ein.

Zu Frage 4: Vor einer Bekanntgabe von aktuellen Telemetrie-Daten an die betroffene Bevölkerung raten Experten aus denselben Gründen wie in der Antwort zu Frage 3 geschildert dringend ab. Die entsprechende Zurückhaltung der Daten lässt sich durch das überwiegende öffentliche Interesse am ungestörten Wolfsmonitoring durch die Wildhut rechtfertigen.

Roffler: Ich wünsche eine Diskussion. Ich bin von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

Antrag Roffler Diskussion

Standespräsident Caluori: Sie haben es gehört, Grossrat Roffler wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Somit ist Diskussion nicht bestritten und beschlossen. Grossrat Roffler, Sie haben das Wort.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Roffler: Zuerst möchte ich mich bei Regierungsrätin Maissen bedanken für die Beantwortung meiner Anfrage. Grossratskollegin Baselgia führte in einem Votum am Mittwoch aus, sie sei leicht erschüttert, und genau so geht es mir auch, wenn ich die Antwort der Regierung lese. Warum leicht erschüttert? In der Antwort können wir nachlesen, für wen und für was die Daten von Wolfsbesenderungen genutzt werden. Aber wir erfahren in der Antwort auch, wem die Daten nicht zur Verfügung stehen, nämlich der betroffenen Bevölkerung, den Älple-

rinnen und Älplern, den Bündner Bäuerinnen und Bauern mit der Begründung, dass es zu Wolfstourismus kommen könnte oder der Wilderei Vorschub geleistet werden könnte. Das ist für mich inakzeptabel, denn für mich steht der Schutz von Menschen und Nutztieren an oberster Stelle und nicht der Schutz der Wölfe selber. Es gibt durchaus Situationen bei Rissen oder Angriffen, wo die Daten aus der Besenderung, um präventiv aktiv zu werden, nötig oder sogar unverzichtbar sind. Deshalb ist für mich eine Offenlegung dieser Daten für die betroffenen Kreise unverzichtbar. Deshalb möchte ich Sie, geschätzte Regierungsrätin Maissen, bitten, diesen Standpunkt nochmals zu überprüfen und mindestens bei konkreter Betroffenheit eine Offenlegung der Besendungsdaten diesen Bevölkerungskreisen zu ermöglichen. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Punkt nochmals zum Wohle der betroffenen Älplerinnen und Älpler und den Bündner Bäuerinnen und Bauern überprüfen und den Weg freimachen zum Wohle dieser Menschen. Meine Frage an Sie, Regierungsrätin Maissen: Wäre es nicht möglich, bei Rissen durch besenderte Wölfe oder bei Rissen durch Rudel, in denen besenderte Wölfe leben, die Daten den betroffenen Alpverantwortlichen zur Verfügung zu stellen? Herzlichen Dank. Ich habe geschlossen, Herr Standespräsident.

Cramer (Surava): Ich möchte zuerst Grossratskollege Roffler danken für diese Anfrage. Es ist eine interessante und eine wichtige Anfrage, die Sie hier gestellt haben, auch wenn wir aus der Antwort der Regierung entnehmen können, dass im Moment nur drei Wölfe mit Sendern im Kanton versehen sind. Ich weiss nicht, ob diese Zahl immer noch aktuell ist. Die Antwort stammt immerhin vom Mai 2023 und bei zwei sind ja bereits die Batterien ausgefallen. Vielleicht müsste man diese wieder einmal aufladen. Wir wissen, dass wir im Kanton Graubünden eine stark steigende, eine exponentiell steigende Wolfspopulation haben, und wir stossen an unsere Grenzen in der Landwirtschaft.

Und deshalb bin ich auch etwas überrascht über diese Antwort der Regierung, wo eine Güterabwägung vorgenommen wird. Es wird eine Güterabwägung vorgenommen zwischen dem Schutz von unseren Nutztieren und dem Schutz von Wölfen namentlich vor Touristen, vor sogenannten Wolfstouristen, was auch immer das ist, und vor Wilderei. Diese Güterabwägung ist eine politische Güterabwägung, die man vorzunehmen hat, und diese könnte selbstverständlich auch anders ausfallen. Sie argumentieren ja in der Antwort zu Frage drei mit dem öffentlichen Interesse. Das öffentliche Interesse besteht aber auch darin, unsere Nutztiere vor Wolfsangriffen zu schützen und ich meine, dieses Interesse ist gross, dieses Interesse ist erheblich. Denn jeder verhinderte, jeder vermiedene Angriff auf unsere Nutztiere ist eine gute Verhinderung, ist ein guter Entscheid, und da müssen wir alles machen, dass wir unsere Nutztiere schützen können. Letztendlich haben Sie auch diese Wölfe mit Sendern belegt, damit man schauen kann, wo sie sich bewegen, und ich meine, diese Daten müssten eben auch, wie es Kollege Roffler gesagt hat, den Nutztierhalterinnen und Nutztierhaltern, den Älplerinnen und Älplern, den Landwirtinnen und Landwirten zur Verfü-

gung stehen und somit auch eine zeitnahe Veröffentlichung gewährleisten.

Wenn wir aus der Antwort lesen, dass im Moment drei Wölfe besendert sind, dann wissen wir auch, dass es mindestens 97 Wölfe im Kanton Graubünden gibt, die eben nicht besendert sind. Also die absolute Sicherheit wird man dadurch nicht erlangen, aber es ist zumindest eine gewisse Sicherheit, die man den Betroffenen geben könnte und wo man den Betroffenen auch helfen könnte. Ich habe nämlich schon verschiedentlich gesagt: Es ist wichtig, dass wir eine offene, eine transparente und eine ehrliche Kommunikation mit der Bevölkerung führen. Ich spreche da vor allem auch das Amt für Jagd und Fischerei an. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung zeitnah auch informiert wird, denn letztendlich kostet diese Besenderung etwas, nicht nur die Besenderung, sondern auch die Überprüfung, und aus meiner Sicht hat die Öffentlichkeit auch einen Anspruch auf Information, nicht zuletzt auch vor dem kantonalen Öffentlichkeitsgesetz, das dieser Grosse Rat verabschiedet hat.

Wenn wir diese Woche über die übergeordneten politischen Leitsätze und Ziele gesprochen haben, dann verweise ich doch nochmals auf das Ziel 10 Umweltschutz und Klimaschutz, im Wissen darum, dass das erst ab 2025 gilt. Aber ich glaube, das könnte man auch schon vorher anwenden. Wenn wir dort verlangen, dass eine möglichst konfliktfreie Koexistenz zwischen Grossraubtieren und der Bevölkerung und den Einwohnerinnen und Einwohnern in diesem Kanton stattfinden soll, dann gehört es eben auch dazu, dass man die Informationspolitik überdenkt. Ich bitte Sie auch, geschätzte Frau Regierungsrätin, geschätzte Regierung, Ihren Standpunkt zu überprüfen, ob die Interessensabwägung richtig vorgenommen wird, dass der Wolfsschutz vor dem Schutz der Nutztiere steht. Da mache ich ein grosses Fragezeichen. Ich würde diese Güterabwägung anders vornehmen. Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel. Die Argumentation hier in der Antwort der Regierung kommt mir so vor, als ob wir im Auto eine Tempoanzeige haben und dann sagen ja, wir haben zwar eine Tempoanzeige im Auto, aber schaut bitte nicht darauf, das könnte den Autofahrer ablenken und zu Unfällen führen. Also wir haben die Information, nutzen wir sie auch, geben wir sie denjenigen, die betroffen sind und die davon profitieren können. Bitte überdenken Sie nochmals den Standpunkt, ob der so richtig ist, wie in der Antwort der Regierung formuliert. Ich danke Ihnen bestens dafür.

Mazzetta: Ich bin grundsätzlich auch für Offenheit und für Transparenz. Aber hier muss ich schon sagen, die Besenderung, das sind vor allem wissenschaftliche Daten, die hier gesammelt werden, und man kann wissenschaftliche Daten nicht einfach so der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Man muss sie auch noch interpretieren und richtig auslegen. Aber ich bin der Meinung, es reicht auch, wenn das Amt, das AJF, z. B. ganz offen kommuniziert und die nötigen Informationen den Alpen auch gibt. Ich bin aber dagegen, dass man nur den Älplerinnen und Älplern dann die Informationen gibt. Dann würde ich mich dann auch melden. Ich wäre dann auch interessiert.

Loi: Ich habe die Anfrage nicht unterschrieben, und zwar mit der Absicht, da ein bisschen Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie wissen, wir haben in den letzten Jahren jede Session einen Auftrag, eine Anfrage, immer zum Thema Wolf. Und die Antwort der Regierung lässt bei mir einfach den Eindruck aufkommen, wie halbherzig das Problem angegangen wird. Es wird immer gesagt oder irgendein Grund vorgeschoben, dass man da den Wolf schützen muss und aufpassen muss, dass man da nicht irgendwie Gefahr läuft, dass er zu intensiv bejagt wird usw. Ich denke, es wäre doch jetzt an der Zeit, auch aufgrund der Gegebenheiten oder der Gesetzeslage, die sich ändert in Bern, jetzt wirklich da den Spielraum maximal auszunutzen und auch vonseiten der Regierung den Bauern, Bäuerinnen, Äplerinnen und Äplern helfen, das Problem zu lösen. Sonst werden wir uns auch in Zukunft jede Session über den Wolf unterhalten. Es geschieht nichts, Unmut macht sich breit. Es sind viele Bauern am Verzweifeln, das weiss ich, und deshalb erstaunt mich die Antwort der Regierung, dass man da nicht ein bisschen mehr auf das Gas tritt und sagt: Okay, das wäre jetzt eine Gelegenheit gewesen, um vielleicht den Wünschen und Anliegen der Bergbauern und der Äpler entgegenzukommen. Also bitte, lösen Sie die Bremse und nutzen Sie den Spielraum, den Sie haben, und dann könnte sich das Thema Wolf dann vielleicht ein bisschen beruhigen.

Sgier: Era jeu sun dil meini che quellas informaziuns stuessen star a disposiziun a tut ils pertuccai. Gest cu igl ei scarps avon maun, ei il squetsch gronds avunda e mintga agid ei beinvegnius. Sche las indicaziuns ein buc veseivlas per ils pertuccai, san ins sedumandar, sch'ils cuosts – cumpra, uras da lavur per montar igl emettur – ein buc memia cars. Jeu vi buc trer a la liunga oz cun quei tema senza fin. Denton hai jeu ina cuorta damonda: Igl emettur dil luf ei mintgamai staus montaus vid il cularin – tenor miu saver. Era igl emettur gia montaus enzanua auter ni eri previu da montar quel enzanua auter, pia autras tecnicas sco per exempel chip ni sonda da magun? Engraziel per la risposta ed in bi di da fiasta.

Standespräsident Caluori: Grossrat Crameri, ich gebe Ihnen nochmals das Wort.

Crameri (Surava): Ja, nur kurz, um nachher nicht nach der Regierungsrätin nochmals sprechen zu müssen. Ich weiss schon, warum Kollegin Mazzetta diese Informationen haben möchte. Sie würde wohl auch zu diesen Wolfstouristen gehören, *Heiterkeit*, nein, *Heiterkeit*, die man eben fernhalten möchte von den Wölfen. Nein, ernsthaft, diese Informationen müssten vor allem den betroffenen Personen dienen. Wir haben es gehört. Es sind die Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter, die Äplerinnen und die Äpler, die vor allem betroffen sind.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall. Dann gebe ich Regierungsrätin Maissen das Wort.

Regierungsrätin Maissen: Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass die betroffenen Landwirte, Landwirtinnen

und das Äplerpersonal händierend nach Instrumenten, Massnahmen suchen, die ihre Situation verbessern. Glauben Sie mir das, ich habe sehr viel Verständnis. Ich versuche Ihnen zu erläutern, weshalb diese Massnahme vielleicht nicht unbedingt ihrem Interesse dient. Der Zweck dieser Besenderung ist es, für die Vollzugsbehörde, für das Monitoring und auch für den Vollzug des Wolfsmanagements gewisse Grundlagen zu bieten. Wenn wir das Thema Sicherheit ansprechen, Präsenz der Wölfe, also in welcher Region sich welcher Wolf wo bewegt, dann glaube ich verstehen Sie auch, dass die Besenderung eines einzigen Wolfes von über 100 Wölfen Ihnen nicht unbedingt dient. Das könnte auch eine falsche Sicherheit auslösen, die am Schluss auch nicht dienlich ist. Die Situation bei der Besenderung ist im Übrigen, es wurde nachgefragt, nach wie vor dieselbe. Wir haben die besenderten Wölfe noch nicht mit einem Solarpanel ausgestattet, so dass die Batterie dann auch immer ständig geladen werden würde. Das ist einfach die Situation, die man anerkennen muss. So wird die Besenderung heute gehandhabt. Die Besenderung ist auch nicht ganz einfach. Es ist eine ziemlich anspruchsvolle Arbeit, Wölfe zu besendern.

Dann vielleicht das Thema Wolfstouristen und Wilderer. Das ist, hinter den Kulissen merken wir das, tatsächlich auch ein Thema. Es ist nicht ganz einfach für den Vollzug und eben auch, um die Interessen der Landwirtschaft zu wahren. Und wir wollen dieser Entwicklung, und das muss auch im Interesse der Landwirtschaft sein, dieser Entwicklung wollen wir keinen Vorschub leisten. So viel zu diesen Informationen. Ich glaube aber auch, in diesem ganzen Wolfsmanagement ist sehr viel Dynamik und auch Erfahrungsaufbau im Gange. Ich kann Ihnen hier nicht sagen, irgendwann werden wir das tun, dass wir jeden Wolf besendern und dann wissen wir genau, wie die sich bewegen. Das glaube ich nicht. Aber auch hier werden sich die Technik und die Instrumente und die Möglichkeiten und das Wissen, wie wir diese Situation gut managen können, um auch die Schäden soweit wie möglich zu reduzieren und eine konfliktfreie Koexistenz herzustellen, auch weiterentwickeln. Und in diesem Sinne kann ich auch die Frage von Grossrat Sgier, die er mir freundlicherweise vorgängig zugestellt hat, beantworten. Im Moment haben wir diese Technologie angewendet, also die Halsbänder, aber wenn sich da die Technik weiterentwickelt und diese besser, dienlicher ist, dass man andere Arten von Sendern verwendet, dann werden wir das sicher anschauen und entsprechend anpassen.

Vielleicht noch zum Beispiel des Autofahrers mit der Tempoanzeige: Ich glaube, die Situation ist eher anders betreffend Publikation. Es ist eher so, dass da die Kantonspolizei jeweils, wenn sie dem Öffentlichkeitsprinzip entsprechen will, auch bekanntgeben müsste, wo sie jetzt in einer Tempo-30-Zone den Radar aufstellt und dann alle wissen, ah, dort hat es einen Radar, jetzt müssen wir zehn Tage lang langsamer fahren, nachher können wir dann wieder Gas geben. Und ich möchte schon sagen, Grossrat Loi, wenn ich sehe, wie intensiv die Arbeit rund um das Wolfsmanagement ist, wie schwierig die Arbeit ist, wie stark gefordert die Leute an der Front sind, die Wildhüterinnen und Wildhüter, in welcher schwierigen

Situationen sie auch vermitteln müssen, dann stehe ich schon vor meine Leute hin und sage, also halbherzig wird diese Aufgabe nicht getan.

Standespräsident Caluori: Somit haben wir auch diese Anfrage behandelt. Wir kommen nun zur letzten Anfrage, Anfrage Spagnolatti betreffend Gesamtkonzept für die Sicherung der Calancastrasse. Diese Anfrage vertritt ebenfalls Regierungsrätin Maissen. Ich frage Sie, Grossrätin Spagnolatti an, ob Sie Diskussion wünschen und ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind.

Interpellanza Spagnolatti concernente un concetto globale per la messa in sicurezza della strada della Valle Calanca (testo GRP 4/2022-2023, S. 589)

Risposta del Governo

Gran parte della rete stradale cantonale attraversa zone esposte a valanghe, caduta di sassi e massi, colate detritiche e processi legati alla forza di gravità. Per il Cantone di montagna dei Grigioni con il suo insediamento decentralizzato e le sue località in parte discoste, delle vie di comunicazione sicure sono perciò molto importanti. Gli sforzi per mettere in sicurezza le strade cantonali da pericoli naturali tramite provvedimenti edilizi devono però essere concentrati su zone fortemente esposte ai pericoli siccome la realizzazione su tutto il territorio di impianti di protezione e/o di provvedimenti di protezione sarebbe impossibile e sproporzionata.

Nel quadro del progetto relativo alla valutazione integrale del rischio sulle strade (IRM-S), al momento è in corso una nuova valutazione di tutti i rischi importanti lungo tutte le strade cantonali. Le evidenze che elabora l'Ufficio foreste e pericoli naturali (UFP) in virtù degli art. 7-11 dell'ordinanza concernente la gestione integrale dei rischi per i pericoli naturali (OGIR; CSC 920.150) fungono da base importante. L'UFP analizza i rischi e stabilisce la necessità di agire tramite matrici degli obiettivi di protezione. Grazie a queste basi inerenti i pericoli e i rischi, l'UFP elabora una panoramica di possibili combinazioni di provvedimenti pianificatori, organizzativi, biologici e selvicolturali (conformemente alla legge forestale).

In merito alla domanda 1: il Governo è cosciente del pericolo di catastrofi naturali in Valle Calanca che possono influire sulla strada della Calanca e di conseguenza sulla sicurezza della circolazione. Il fatto che questo pericolo comprometta la sensazione di sicurezza degli abitanti della Valle Calanca è comprensibile. La sfida consistente nel riconoscere tempestivamente i pericoli naturali e nell'attuare misure di protezione adeguate è diventata più grande negli ultimi anni, non da ultimo nell'ottica dei cambiamenti climatici, e occuperà il Cantone anche in futuro.

In merito alla domanda 2: in linea di principio occorre segnalare che tutte le cadute di massi e i crolli di pareti rocciose vengono registrati nel catasto dei pericoli naturali (StoreMe). In questo modo possono essere indivi-

duati i cambiamenti, ad esempio un aumento di catastrofi naturali.

Partendo dalla valutazione del rischio del 2008/2009 relativa alla caduta di massi e sassi sulla tratta dal ponte ad arco sulla Calancasca fino alla galleria artificiale Segheria Buseno, il rischio attuale viene valutato nuovamente a seguito della frana nella zona Revetell. In questo contesto viene chiarito se i punti pericolosi noti hanno subito modifiche e se si sono creati punti pericolosi nuovi. Viene inoltre appurato se è avvenuto un cambiamento dei rischi, ad esempio a seguito di un aumento della frequenza degli eventi. In relazione alla valutazione del rischio vengono considerati anche i valori limite del rischio individuale di decesso stabiliti dall'Ufficio federale dell'ambiente (UFAM). Le indagini saranno concluse nell'estate del 2023. Se il valore limite del rischio risultasse superato, verranno presi in considerazione dei provvedimenti.

Occorre ricordare che il bacino per eventuali frane in Valle Calanca è esteso e nonostante indagini ampie e accurate è impossibile identificare in anticipo tutti i punti pericolosi.

In merito alla domanda 3: nei luoghi in cui vi sono rischi elevati vengono presi in considerazione diversi provvedimenti. Oltre alla sorveglianza periodica del punto pericoloso può avvenire un intervento consistente nella rimozione o nel brillamento di masse di roccia instabili. A seconda della situazione può essere considerata la realizzazione di opere di protezione (reti di protezione contro la caduta di massi, valli di protezione, gallerie artificiali o gallerie). In determinate condizioni può essere indispensabile anche lo spostamento della strada cantonale, come avvenuto a sud-ovest di Selma. A seguito delle indagini in corso non è ancora possibile esprimersi in merito a progetti concreti per l'incremento della sicurezza della circolazione.

Spagnolatti: Sono parzialmente soddisfatta dalla risposta e chiedo discussione.

Antrag Spagnolatti
Diskussion

Standespräsident Caluori: Sie haben es gehört, Grossrätin Spagnolatti wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Somit ist Diskussion nicht bestritten und beschlossen. Grossrätin Spagnolatti, Sie haben das Wort.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Spagnolatti: Siamo tutti consapevoli che il Cantone dei Grigioni è un Cantone di montagna quindi più esposto e soggetto a pericoli naturali. Sappiamo pure che il problema sollevato dalla valle Calanca sussiste anche in altre regioni. Questo tuttavia non significa che dobbiamo rassegnarci e stare ad osservare sperando che non accada il peggio. È pure comprensibile che è impossibile identificare in anticipo ogni singolo evento anche a causa del cambiamento climatico, però ritengo che dove si è a conoscenza è importante intervenire. In seguito alla frana del dicembre 2022, a distanza di pochi mesi e più preci-

samente il 21 aprile scorso in seguito alle prime importanti precipitazioni nella stessa zona è stata sfiorata nuovamente una tragedia. Infatti sono caduti dei massi, uno dei quali ha colpito il cofano di una vettura in transito e uno è passato a poca distanza da un operaio cantonale. Dopo questo evento sono state trovate delle misure provvisorie, ma sporadicamente scendono ancora dei sassi e materiale come avvenuto anche negli scorsi giorni con le forti precipitazioni. La valle Calanca ha una particolarità: che ha un'unica via di accesso e se questa viene bloccata gli abitanti sono isolati. Tutti i servizi primari dipendono da quest'arteria, quindi significa venire a mancare l'assistenza sanitaria, servizio Spitex, servizio veterinario, trasporto pubblico, approvvigionamento, l'impossibilità di recarsi al lavoro, assenza tra l'altro che non viene riconosciuta dal datore di lavoro, impossibilità di andare a scuola nonché per le imprese locali il poter esercitare ecc. Per la fine dell'estate verranno concluse le valutazioni del rischio sullo specifico tratto ma è a mio parere vergognoso e incivile che unitamente alle analisi geologiche viene tenuto conto del valore limite del rischio individuale di decesso. Quando vi sono delle possibilità per prendere delle misure ogni singola vita umana, se vi è un rischio per la sua incolumità, dovrebbe essere salvaguardata. L'abitante di una piccola regione è al pari di quello di regioni più popolate. In passato sono state costruite gallerie artificiali per le valanghe da neve che hanno risolto i problemi invernali, quindi è appurato che sono valide soluzioni come potrebbero essere considerate anche altre alternative, come indicato dal lodevole Governo. L'importante è mettere in atto quelle più idonee, e scusate se mi ripeto, ma sono convinta in primis che la salvaguardia in tempi brevi per la sicurezza delle persone è auspicabile e prioritaria. Un altro punto da non sottovalutare e da prendere in considerazione è che oltre ai residenti della valle ci sono importanti transiti di turisti che visitano la regione e che sono in costantemente aumento anche grazie al neo Parco Val Calanca che ha recentemente ottenuto il marchio dal Cantone e dalla Confederazione. Se si vuole mantenere le valli periferiche vive e dare un futuro per evitare una migrazione ma al pari tempo bisogna anche assicurare la possibilità di viverci e spostarsi in sicurezza creando delle premesse sostenibili. Grazie per l'attenzione.

Censi: La mobilità è fondamentale, soprattutto nel nostro Cantone con oltre 150 valli. Questo tema è pure stato ribadito l'altro ieri nell'ambito delle linee guida, degli obiettivi e del programma di Governo 2025-28. Quale sindaco di Grono e confinante della zona menzionata nell'interpellanza Spagnolatti conosco molto bene la situazione che da Grono porta fino alla Calanca interna. Nella risposta il Governo si dice cosciente del pericolo di catastrofi naturali in valle Calanca che possono influire sulla strada cantonale. È anche pur vero che negli scorsi mesi l'Ufficio tecnico si è già mosso attraverso primi interventi di messa in sicurezza della zona soprastante la strada. Le indagini sono in corso. Non è sufficiente però, bisogna intervenire in maniera radicale attraverso interventi e investimenti duraturi. E bisogna procedere in maniera celere, sulla sicurezza non possiamo scherzare. Bisogna pur considerare che si tratta dell'unica via d'ac-

cesso della valle Calanca, percorsa giornalmente, come diceva l'interpellante Spagnolatti, da scolari, da persone che si recano al lavoro, anziani che ci vivono e numerosi turisti che in auto o in bicicletta si recano nell'unico parco naturale regionale a sud delle Alpi. Lodevole Governo, stimata Consigliera di Stato, bisogna intervenire il prima possibile, non c'è più tempo per attendere. Grazie per l'attenzione.

Righetti: Quando lavoro percorro giornalmente parte della strada della Calanca, così come lo fanno anche i miei allievi e altre persone, abbiamo sentito anche turisti. Non voglio ripetere quanto è già stato detto dai colleghi ma sono vari i motivi per i quali anche io ritengo che sia importante che il Governo prenda in considerazione l'idea di intervenire per la messa in sicurezza della strada della Calanca. Tanti interventi sono già stati fatti nel corso degli anni, ma la situazione è in continuo mutamento. Inoltre gli episodi di maltempo in aumento legati al cambiamento climatico vanno a sommarsi a una situazione, a una condizione già fragile. La strada della Calanca è esposta a pericoli naturali, fare il possibile per garantire una certa sicurezza è auspicabile, a prescindere dal volume di traffico. Siete già stati informati dalla collega Spagnolatti e dal collega Censi che la strada in questione è l'unico accesso veicolare possibile verso la valle, ciò significa che scoscientamenti e frane vanno a isolare parte del territorio, questione che va a ripercuotersi sugli abitanti, sulle famiglie, sul lavoro, sulla sicurezza. Per esempio durante lo scorso anno scolastico parte dei miei allievi hanno dovuto fare la formazione a distanza a causa della frana, impossibilitati nel raggiungere la sede scolastica. Soluzioni alternative sono state prese per garantire agli anziani le cure necessarie ecc. Infine sono dell'avviso che sia meglio prevenire che curare. Anche il ripristino delle strade in caso di frane e scoscientamenti ha dei costi non indifferenti. Ritengo dunque che intervenire e investire laddove necessario e possibile sia la strada più giusta e sicura da percorrere. Ringrazio il Governo per ciò che vorrà intraprendere in questo senso. Grazie mille per l'attenzione.

Atanes: Il nostro Governo, come si evince dalla risposta è cosciente dell'importanza di vie di comunicazione sicure. Per poter decidere gli interventi viene tenuto in considerazione il valore limite di rischio individuale di decesso stabilito dall'Ufficio federale dell'ambiente. Il calcolo di questi valori avviene in modo unicamente matematico. Inoltre si tratta di un calcolo riferito a un determinato momento. Questo calcolo non tiene inoltre conto di diverse incognite: il cambiamento climatico, l'insediamento di nuove famiglie, il Parco Val Calanca che attira sempre più visitatori. Inoltre nella zona pericolosa transitano più volte al giorno diversi allievi diretti alla scuola di Castaneda. Possiamo basare la loro sicurezza affidandoci a meri calcoli della probabilità? Se vogliamo dare a questa valle la possibilità di ripopolarsi e rinascere dobbiamo garantire un collegamento sicuro tramite la costruzione di una galleria artificiale. Grazie per l'attenzione.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann gebe ich das Wort Regierungsrätin Maissen.

Regierungsrätin Maissen: Vielen Dank für die Diskussion und auch die Schilderung der Situation. Ich glaube, Naturgefahren, Sicherheit und Mobilität, das ist ein Thema, das Graubünden seit jeher begleitet. Was uns jetzt neuerdings stark herausfordert, sind die Folgen des Klimawandels. Viele Sicherheitsmassnahmen in den letzten Jahrzehnten haben vor allem die Lawinen im Winter betroffen. Das war der Fokus. Der ändert sich jetzt. Das sehen wir an mehreren Stellen, so auch in dieser Region. Ich kann Ihnen bestätigen, was wir in der Antwort der Regierung geschrieben haben: Wir sind an dieser Neubeurteilung der Risiken, das ist eine Grundlage, damit die Fachämter danach die Massnahmen beschliessen können. Da können unterschiedliche Massnahmen zum Zuge kommen. Es gibt auch unterschiedliche Instrumente. Diese Neubeurteilung ist jetzt in der Schlussphase, und danach kommt wie gesagt die Beurteilung, mit welchen Massnahmen man auf diese neu beurteilten Risiken reagieren kann. Wir sind also dran in dieser Angelegenheit.

Standespräsident Caluori: Somit haben wir auch die letzte Anfrage behandelt. Gemäss Arbeitsplan heisst es jetzt Schluss der Session und Feier Standespräsidium. Bevor wir aber soweit sind, möchte ich Ihnen gerne noch die Übersicht über die eingegangenen Vorstösse in der Augustsession 2023 bekanntgeben. Auftrag Bergamin betreffend Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit. Auftrag Schneider bezüglich Anpassung der realen Progression. Auftrag Rettich betreffend Prüfung des Housing First Ansatzes. Anfrage Rutishauser betreffend Primärprävention im Jugendbereich. Anfrage Bischof betreffend Notwendigkeit eines queeren Treffpunktes für jugendliche Menschen in Graubünden, in diesem Falle in Chur, und dessen Finanzierung zur Sicherung der Weiterführung in den kommenden Jahren. Anfrage Cortesi betreffend Minderung der Verletzungsgefahr für Motor- und Fahrradfahrende dank Unterfahrschutz an Leitplanken. Fraktionsanfrage SVP betreffend Fachkräftemangel bei der Polizei, Erstunterzeichner Krättli. Anfrage Roffler betreffend schnelles Internet für alle. Anfrage Preisig betreffend Lockerung des Zweitwohnungsgesetzes. Dann ist noch eine parlamentarische Initiative Metzger eingetroffen betreffend Abschaffung der Gerichtsferien in der kantonalen Verwaltungsrechtspflege.

Jetzt möchte ich Ihnen noch ein paar Informationen geben. Die Kopfhörer, die Sie gebraucht haben, bitte in die Schachtel legen und auf dem Platz liegen lassen. Dann bitte ich alle, ihre Selbstdklarationslisten im Foyer noch abzugeben. Bei der Rückkehr der Standespräsidentenfeier ist ab dem ersten Bus der Grossratssaal nochmals offen, um Ihr Gepäck abzuholen. Und am Schluss möchte ich mich noch beim Ratssekretariat, bei Patrick Barandun, Gian-Reto Meier und Laura Cafilisch für ihre grosse Hilfe bedanken. Ebenfalls bei Corina Feltscher und Christine Bürkli von der Rezeption im Foyer, dem ganzen Team vom Hausdienst unter der

Leitung von Alois Hardegger und den Polizisten Stefan Stadler, Stefan Sinz und Dario Kurath für die unauffällige und sichere Bewachung. Auch bedanken möchte ich mich bei der Standeskanzlei unter der Führung von Daniel Spadin.

Dann möchte ich mich auch noch bei den Dolmetscherdiensten unter der Leitung von Hans Martin Jörmann für ihre gute Arbeit bedanken. Sie konnten sogar Grossrat Dietrich mit dem superschnellen Redefluss problemlos folgen und übersetzen. *Heiterkeit.* Und nicht zuletzt möchte ich mich noch bei allen Handwerkern, Technikern, Architekten etc., die während den vergangenen vier Monaten intensiv unseren Grossratssaal, unser Grossratsgebäude rundum erneuert haben, bedanken. Damit erkläre ich die Augustsession 2023 für beendet. *Applaus.* Nun freue ich mich mit Ihnen zusammen auf die Standespräsidentenfeier.

Schluss der Sitzung: 8.55 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Auftrag Bergamin betreffend Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit
- Auftrag Schneider bezüglich Anpassung der realen Progression
- Auftrag Rettich betreffend Prüfung des Housing First Ansatzes
- Anfrage Rutishauser betreffend Primärprävention im Jugendbereich
- Anfrage Bischof betreffend Notwendigkeit eines queeren Treffpunktes für jugendliche Menschen in Graubünden (in diesem Falle in Chur) und dessen Finanzierung zur Sicherung der Weiterführung in den kommenden Jahren
- Anfrage Cortesi betreffend Minderung der Verletzungsgefahr für Motor- und Fahrradfahrende dank Unterfahrschutz an Leitplanken
- Fraktionsanfrage SVP betreffend Fachkräftemangel bei der Polizei (Erstunterzeichner Krättli)
- Anfrage Roffler betreffend schnelles Internet für alle
- Anfrage Preisig betreffend Lockerung des Zweitwohnungsgesetzes
- Parlamentarische Initiative Metzger betreffend Abschaffung der «Gerichtsferien» in der kantonalen Verwaltungsrechtspflege

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Gian-Reto Meier-Gort

Die Redaktionskommission

hat an ihrer Sitzung vom 2. Oktober 2023 gemäss Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 36 Absatz 3 der Geschäftsordnung Grossen Rats die Sitzungsprotokolle der Augustsession 2023 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt. Ebenso wurden die im Anhang zu den Beschlussprotokollen enthaltenen, definitiv verabschiedeten Erlasse und Beschlüsse redaktionell bereinigt.